

# »Ein klares Nein, wenn es nötig ist«

Kritiker des GEW-Vorstandes fordern  
Positionierung gegen »Hartz IV« und  
»Bologna-Prozeß«. Ein Gespräch mit  
Benjamin Ortmeier

Montag, 27. April 2009, Nr. 97 junge Welt

**S**ie werfen der GEW vor,  
in zentralen gesellschafts-  
und bildungspolitischen  
Fragen klare Positionierungen  
zu vermeiden. Was sind für Sie  
die gravierendsten Beispiele?

Meine zentrale Kritik an der GEW ist es, kein deutliches Nein zu den Hartz-IV-Gesetzen ausgesprochen zu haben. Obwohl diese Gesetze einen entscheidenden Beitrag zur staatlich geförderten Kinderarmut leisten. Bildungspolitisch ist vor allem fatal, daß der »Bologna-Prozeß« zum marktgerechten Umbau der Hochschulen nicht eindeutig abgelehnt wird. Zudem sollen auf diesem Gewerkschaftstag wichtige Kontroverse Debatten in der GEW, z.B. zum wiedererstarken Nationalismus und zur Auseinanderset-



Benjamin Ortmeier ist Dozent am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main und war bis 2008 Vorstandsmitglied der GEW in Frankfurt.

Natürlich muß sich gerade eine im Bildungssektor tätige Organisation wie die GEW als Teil einer gesamtgesellschaftlich aktiven Gewerkschaftsbewegung verstehen. Kein Erzieher und kein Lehrer kann isoliert in seinem Bereich der verheerenden staatlich gesteuerten Verarmungspolitik wirksam entgegentreten. Die Pädagogen spüren die Auswirkungen dieser Politik unmittelbar, sowohl bei den Eltern als auch bei den Kindern und Jugendlichen. Das muß aus dieser Perspektive in soziale Bewegungen eingebracht werden. Es gibt bei vielen DGB-Gewerkschaften eine deutliche Tendenz zum Schulter-schluß mit der SPD angesichts des Bundestagswahlkampfes. Sehen Sie diesen Trend auch bei der GEW?

zung mit der eigenen Vergangenheit inklusive der Nutzung eines vormals »arisierten« Hauses in Hamburg, ausgespart werden.

**Ihnen wurde das Rederecht zu diesen Fragen von den Delegierten verwehrt. Ist das ein Ausdruck von mangelndem Interesse oder von Demokratiedefiziten in der Gewerkschaft?**

Da spielen alte Rechnungen eine Rolle, die man mit mir als Kritiker meint noch offen zu haben. Außerdem haben ja die Stimmen von weniger als zehn Prozent der Delegierten ausgehört, um meinen Beitrag zu verhindern, da ich dieses Mal kein ordentlicher Delegierter bin. Das ist zwar satzungsgemäß, dient aber sicherlich nicht der demokratischen Kultur. Ich bin seit 38 Jahren Mitglied in verschiedenen DGB-Gewerkschaften und habe so etwas schon öfter erlebt.

**Welche Hauptaufgaben der GEW sehen Sie in den aktuellen Auseinandersetzungen?**

Bildungspolitisch sollten wir den Unterschied zwischen Bildung als allgemeinem Menschenrecht im Geiste des Humanismus und reiner Ausbildung zu arbeitsmarktcompatiblen Fachleuten in den Fokus der Diskussion stellen. Und es bräuhete eine Besinnung auf gewerkschaftliche Primärtugenden: für Gerechtigkeit eintreten, dies klug zu tun, mutig dabei zu sein und nicht feige umzufallen, wenn es Gegenwind gibt. Das heißt: ein klares Nein, wenn es nötig ist.

**Welche Rolle kann die GEW abgesehen von der Tarifpolitik in der sich verschärfenden Wirtschaftskrise spielen?**

Es ist eine Tatsache, daß es zwischen den Spitzen aller DGB-Gewerkschaften und der SPD seit Jahrzehnten ein mehr oder weniger enges Verhältnis gibt, sei es durch personelle Verquickungen oder durch die immer noch weit verbreitete Illusion, daß mit der SPD alles ein bißchen weniger schlimm wird als mit der CDU. Das gilt für die GEW. Ich halte das für einen Fehler. Die Gewerkschaften können nur stark sein, wenn sie sich von Parteipolitik weitgehend emanzipieren.

**Es ist bekannt, daß die Zusammensetzung der Delegierten bei Gewerkschaftstagen oft nicht repräsentativ für die Stimmung an der Basis ist. Wie schätzen Sie die Atmosphäre in der Organisation ein?**

Ich sehe besonders bei den im Bundesausschuß der Studentinnen und Studenten (BASS) in der GEW Organisierten eine ausgesprochen positive Entwicklung, die sehr wichtig für die Zukunft der Gewerkschaft sein wird. So haben in Hessen die Proteste an den Unis zur Abschaffung der Studiengebühren geführt und nicht etwa die Kungelei mit irgendwelchen Parteien. Ich merke auch, daß es gerade beim BASS noch grundsätzliche Kritik an den Verhältnissen gibt und weniger das angepaßte Verhalten von gewerkschaftlich sozialisierten Funktionären. Allerdings sind die Wirkungsmöglichkeiten dieser Gruppen innerhalb der GEW bislang minimal. Doch um diese aktiven Studenten zu unterstützen, deswegen bin ich hier.

**Interview: Rainer Balcerowiak, Nürnberg**

◆ Siehe auch Seite 4

# Im Schatten der Krise

GEW zieht auf ihrem 26. Gewerkschaftstag eine positive Bilanz. SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier buhlt um Schulterschluss. Von Rainer Balcerowiak, Nürnberg

Umrahmt von ein bisschen Vivaldi und Tschaikowski begann am Sonnabend im Congress-Center Nürnberg die Eröffnungsveranstaltung des 26. Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Als Hauptredner hatten sich neben dem GEW-Vorsitzenden Ulrich Thöne auch DGB-Chef Michael Sommer und der SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier angesagt. Dessen Anbiederungsversuche an die 432 Delegierten wurden mit einer Mischung aus höflichem Beifall und gelegentlichen Unmutsäußerungen quittiert. Steinmeier gab den aufrechten Streiter für einen »neuen Bildungsaufbruch«. Die anwesenden Pädagogen lobte er aufgrund ihres »schweren und wichtigen Dienstes im Interesse aller« als »wahre Mitte der Gesellschaft«. Neben dieser brachenspezifischen Variation beschränkte sich der Anwärter für das Amt des Bundeskanzlers auf die recht lustlose Deklamation einiger Kernpunkte des SPD-Wahlprogramms, beispielsweise die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 47 Prozent und die Einführung einer Börsenumsatzsteuer.

Der von Steinmeier als »lieber Uli« eingemeindete GEW-Chef Thöne mochte sich dem ersehnten Schulterschluss in seiner Replik zwar nicht komplett entziehen und betonte »gemeinsame Zielvorstellungen«, wies allerdings auf gravierende Differenzen hin. So nehme die »jüngst verabschiedete »Schuldenbremse« für alle öffentlichen Haushalte dem Staat angesichts der gigantischen Krisenlasten der kommenden Jahre jeglichen Handlungsspielraum. Zudem sei durch die Föderalismusreform II die Bildungskleinstaaterei fortgeschrieben worden, was das Erreichen der postulierten bildungspolitischen Ziele deutlich erschwere. Thöne kritisierte weiter, daß sich die SPD nach wie vor gegen die Einführung einer Vermögenssteuer sperre. Er verlangte eine endgültige Abkehr von der mit der Agenda 2010 und den Hartz-IV-Gesetzen eingeleiteten »Ver-



Nicht mit offenen Armen empfangen: SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier wurde bei seiner Rede auf dem 26. GEW-Gewerkschaftstag am Samstag immer wieder von Zwischenrufen unterbrochen

mungspolitik für Millionen Menschen«. Auch DGB-Chef Sommer hatte einige harsche Worte für seine Partei im Gepäck. Es reiche nicht zu versuchen, die Folgen der Krise für die Menschen ein wenig abzumildern. Vielmehr müsse verhindert werden, »daß sich Derartiges jemals wiederholen kann«. Außerdem erwarten die Menschen, »daß die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden«, so Sommer. Angesichts des mittlerweile prognostizierten Absturzes der Wirtschaft um sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes sei »schnelles, energisches staatliches Handeln« nötig, sagte Sommer. Es gehe um »Konsumanreize für die unteren Einkommenschichten«. Diese müßten eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze ebenso einschließen wie Investitionen für Infrastruktur, Krankenhäuser und Bildung.

Am Sonntag begann der Gewerk-

schaftstag mit den Beratungen über den Geschäftsbericht. Thöne zog eine überwiegend positive Bilanz der Entwicklung seit dem letzten Treffen vor vier Jahren. Die GEW habe nicht nur eine positive Entwicklung bei den Mitgliederzahlen zu verzeichnen, sondern auch ihre Mobilisierungsfähigkeit in streitigeren Tarifauseinandersetzungen unter Beweis gestellt. Um dies fortzusetzen, müßten aber der Generationswechsel in der Gewerkschaft forciert und besonders jüngere Pädagogen als Mitglieder gewonnen und zur aktiven Mitarbeit motiviert werden.

Große Kontroversen blieben in der Debatte aus. Anträge, die eine klarere Positionierung der GEW in zentralen gesellschaftspolitischen Fragen verlangten, erwiesen sich als nicht mehrheitsfähig. »Die können einfach nicht nein sagen«, kommentierte der Frankfurter

Hochschuldozent Benjamin Ortmeier diese Haltung am Sonntag gegenüber jW. Als Beispiel nannte er die Hartz-IV-Gesetze, bei denen die GEW eine »Revision«, aber keineswegs die Abschaffung fordert. Ähnliches gelte für den »Bologna-Prozeß« zur Vereinheitlichung der universitären Ausbildung. Obwohl es dabei um die »Ersatzung von Bildung durch marktgerechte Ausbildung« gehe, könne sich die Gewerkschaft nicht zu einer Ablehnung durchringen, bemängelte Ortmeier. Vor den Delegierten konnte Ortmeier seine Kritik nicht äußern. Da er über kein Mandat verfügt, reichten laut Satzung die Stimmen von 30 der 452 Delegierten, um ihm das Rederecht zu verweigern. Dieses Quorum wurde mit 34 Stimmen, davon viele aus dem Hauptvorstand, erreicht. Am Sonntag nachmittag wurde der GEW-Chef Ulrich Thöne wiedergewählt.